

Mietrecht einhalten - keine Mieterhöhungen - Nachbarschaft statt Glaskästen!

„Es brodelt im Weltquartier“, schreiben Wochenblatt und Abendblatt. In der Tat, und nicht nur dort: Wir, Bewohnerinnen und Bewohner des Reiherstieg- und Bonifatiusviertels, sind unzufrieden. Wir wollen keine Heimatforschung, sondern echte Mitgestaltung unserer Quartiere. Wir stellen fest, dass im Reiherstiegviertel die Mieten bei Neuvermietungen innerhalb weniger Monate stark gestiegen sind. Der Bauverein Reiherstieg hat versucht, eine Mieterhöhung um 20 Prozent durchzusetzen. Und bei Neuvermietungen wird noch ein weiterer Euro draufgelegt. Einzelne private Hausbesitzer in der Fährstraße haben den Braten auch schon längst gerochen und bewegen sich bereits jenseits des Hamburger Mittels von 6,5 Euro Nettokalt.

Und auch die SAGA ist nicht so „sozial“, wie sie von sich selbst behauptet. Zwar werden in der Weimarer Straße/Veringstraße die Mieten nicht, wie anderswo in unserer Stadt, um 30 Prozent erhöht, da die SAGA aufgrund des aus Steuergeldern finanzierten Umbauprojektes verpflichtet ist, die Mieten weniger stark zu erhöhen. Allerdings liegt die nach dem Umbau der Wohnungen verlangte Grundmiete bei etwa 5,60 Euro – anfangs, die Miete wird dann per Staffelmiete jährlich steigen. Für viele Mieterinnen und Mieter bedeutet auch dies eine erhebliche Erhöhung von ca. 10 Prozent im Vergleich zu dem, was sie jetzt zahlen. Dazu kommt noch die Tatsache, dass die Wohnungen durch Zusammenlegungen nicht nur weniger, sondern auch größer – und damit teurer – werden. Zudem werden Mieterinnen und Mieter durch die SAGA unter Druck gesetzt, Ersatzwohnungen anzunehmen und es wird versucht, die gültigen Mietverträge „in beiderseitigem Einvernehmen“ zu beenden – und bei Neuvermietungen können ganz andere Konditionen gelten.

Wir erklären: alle, auch die Mieterinnen und Mieter dieses Quartiers, haben das Recht, den Umbau ihrer Wohnungen abzulehnen, niemand kann gezwungen werden, seinen Mietvertrag zu beenden. Die „Sanierung“ dieses Quartiers auf die von der SAGA praktizierte Weise ist keine Maßnahme, die akzeptiert werden muss. Niemand kann dazu gezwungen werden, dass in seiner Wohnung Wände eingerissen werden und Wintergärten gebaut werden. Und dementsprechend ist es kein Wunder, dass einige Mieterinnen und Mieter dieses Recht hier auch in Anspruch nehmen und ihre Wohnungen nicht verlassen – weshalb die Umstrukturierung des „Weltquartiers“ dem Zeitplan, den das IBA-Stadtentwicklungsfestival vorgegeben will (2013!), ziemlich hinterherhinkt. Die lediglich zur Akzeptanzbeschaffung vorgenommene „Heimatforschung“, die eines der vielen IBA-Subunternehmen vor einiger Zeit hier veranstaltet hat, hat alle wichtigen sozialen Fragen der Mieterinnen und Mieter des Quartiers gezielt ausgeklammert. Sie ist weder auch nur annähernd repräsentativ noch in irgendeiner Weise verbindlich.

Frau Hajduk, wir brauchen keine neue Autobahn, was wir brauchen, ist ein soziales Wilhelmsburg, einen Stadtteil, in dem alle bleiben können! Wir fordern:

- Einhalten der Mieterrechte (auch bei der SAGA sind Mietverträge rechtsverbindlich)!
- Erhalt der sozialen Zusammensetzung des Quartiers!
- Erhalt des migrantischen Anteils an der Bevölkerung!
- Keine Mieten über dem Niveau, das im Rahmen des SGB II übernommen wird!
- Recht auf Rückkehr in dieselbe Wohnung wie vorher!
- Die Umgestaltung der Wohnung muss auf der Grundlage der Mieterinnenwünsche erfolgen - keine „Nimm-es-oder-zieh-weg-Komplettlösungen“!
- Anhörung der MieterInnen durch eine neutrale Instanz statt durch die SAGA!
- Soziale Rechte und Mitbestimmung statt Akzeptanzbeschaffung!

Diese Stadt gehört uns allen!